

# Pressemitteilung

---

## Sachsen-Anhalts Regulierungswut bei Werkverträgen und Zeitarbeit

Magdeburg, 17. Juli 2014

Der Verband der Metall- und Elektroindustrie Sachsen-Anhalt e. V. (VME) hat den heute beschlossenen Antrag der Koalitionsparteien CDU und SPD scharf kritisiert, wonach sich die Landesregierung auf Bundesebene für eine Beweislastumkehr bei Werkverträgen einsetzen soll. Die Bedingungen für die Unternehmen in Sachsen-Anhalt beim Einsatz von Zeitarbeit und Werkverträgen werden damit noch über die Vereinbarungen des Koalitionsvertrages auf Bundesebene hinaus weiter verschärft. Matthias Menger, Hauptgeschäftsführer des VME, erklärt dazu: „Sollte dieses Ansinnen Erfolg haben, droht auch sachsen-anhaltischen Unternehmen der Verlust eines erforderlichen Instruments der Flexibilisierung. Eine solche Forderung schadet den Unternehmen und dem Wirtschaftsstandort Sachsen-Anhalt. Mit ihren Forderungen erweisen die Koalitionsparteien der Wirtschaft des Landes einen Bärendienst.“

„Es stehe außer Frage, dass der VME jede Form von missbräuchlichem oder sittenwidrigem Einsatz externer Arbeitskräfte in den Betrieben ablehnt und verurteilt“, erklärt Matthias Menger. Außerdem biete die deutsche Rechtsprechung Zeit- und Werkvertragsarbeitnehmern bereits heute einen festen und verlässlichen Rahmen. Vor diesem Hintergrund sei ein erneutes Drehen an der Regulierungsschraube völlig überzogen. Es ist „wirklichkeitsfremd und diffamierend“, wenn bereits bei jedem Einsatz von Werkarbeitnehmern im Unternehmen des Auftragsgebers ein pauschaler Missbrauchsverdacht erhoben werde, der nur mit großem Berichts- und Dokumentationsaufwand entkräftet werden könne.

### Rückfragen der Presse beantwortet:

Verband der Metall- und Elektroindustrie Sachsen-Anhalt e. V.

Herr Jan Pasemann

Humboldtstraße 14

39112 Magdeburg

Tel. +49 (0)391-62 888 51

Mobil: +49 (0) 152-54 59 47 69

E-Mail: [pasemann@vme.de](mailto:pasemann@vme.de)

